

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Für Abnehmer 1,50 Mark. Vorbezugpreis monatlich 2 Mk. bei Vorlauf ab n. Postboten zugesellt 2,40 Mk. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 80 Pfg im Reklameteil d. Millimeter - Hauptgeschäftsstelle: Herz 42/44, Fernruf 24 605. - Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27 - Postcheckkonto 33319 Erlaut

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Illustrierte Beilagen „Kinderfreund“ sowie „Wolk u. Welt“. Unverändert eingelebte Manuskripte ist stets das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ der öffentlichen Behörden. - Schriftleitung Herz 42/44, Postfach 2 Kreppeln, Fernruf-Anschluß 24 605. Fernruf: Musikantenstraße mittags von 12 bis 1 Uhr

Hamburg, Breußen und Deutschland.

Der Standpunkt des Ministerpräsidenten Braun.

Der Hauptausdruck des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Haushalt des Ministerpräsidenten. In der allgemeinen Aussprache führte Abg. v. Hering (Dm.) seine Rede über die Rede, die Oberpräsident Hering im Namen der Reichsregierung vor dem Reichstag gehalten hat. Hering sagte er die Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten vor den sozialistischen Studenten in Berlin, in denen er die Not von 30 000 Jungleuten in Preußen den vielen Millionen gegenüberstelle, die für die Reichswehr ausgegeben werden, und von der „Soldatenpflanzerei“ der Reichswehrbünde sprach.

Ministerpräsident Braun ging zunächst auf die Erklärung ein, die der Hamburger Bürgermeister Dr. Peteren am Mittwoch in der Hamburger Bürgerversammlung abgegeben hat. Diese Erklärung wurde durch die Hamburger Bürgerversammlung, die für die Reichswehr ausgegeben werden, und von der „Soldatenpflanzerei“ der Reichswehrbünde sprach. Ministerpräsident Braun ging zunächst auf die Erklärung ein, die der Hamburger Bürgermeister Dr. Peteren am Mittwoch in der Hamburger Bürgerversammlung abgegeben hat. Diese Erklärung wurde durch die Hamburger Bürgerversammlung, die für die Reichswehr ausgegeben werden, und von der „Soldatenpflanzerei“ der Reichswehrbünde sprach.

Wort geredet. Es habe im Gegenteil stets erklärt, es halte es im Interesse der deutschen Volkswirtschaft für erforderlich, daß der Hamburger Hafen nicht nur in seiner jetzigen Leistungsfähigkeit erhalten bleibe, sondern in seiner Entrindung so gefördert werde, daß er der Konkurrenz mit den anderen Welthäfen aufnehmen kann. Nur über den Weg, wie das am besten geschehen könnte, sind die Meinungen auseinandergegangen. Freuen sich sogar bereit gewesen, auf dem Wehen eines Entwurfs zu verhandeln, der die Aufgabe des zukunftsreichen Wilhelmshavener Gebietes vor sich für Bremen konnte vor sich in Frage, mit aller Verleumdung die Maßnahmen zur Regelung der Verhältnisse der Gemeinden im Interellgebiet durchzuführen. Dann sei der Zeitpunkt da, an dem Preußen über gewisse Einzelgänger mit Hamburg in Verhandlungen treten könne.

Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen eine deutsch-nationale Anregung, in Hamburg eine preussische Gefandtschaft einzurichten. Die preussische Regierung habe bisher grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß Gefandtschaften in den einzelnen deutschen Staaten möglichst zu vermeiden seien, da sie mit der verfassungsmäßigen Stellung des Reiches nicht in Einklang zu bringen sind. Der Vorschlag der Rede des Oberpräsidenten dürfte sich nicht als einseitig; Absetzung werde jedoch falls aufgebracht werden, Stellung zu nehmen. Ein deutsch-nationaler Oberpräsident und Regierungspräsident, der in einer Rede dafür für die Republik eintrat, werde auch nicht gemahregelt werden. Die Rede in der Berliner Universität habe er als sozialdemokratischer Politiker vor sozialistischen Studenten gehalten.

In der Debatte wurde der Standpunkt der preussischen Regierung zur Groß-Hamburgfrage allseitig Zustimmung. Der Haushalt des Staatsministeriums wurde schließlich angenommen. Amnache fand ebenfalls der sozialdemokratische Antrag auf Ausbau des Wohlfahrtsministeriums zu einem Ministerium für soziale Angelegenheiten.

Landbund und Handwerk. Eine sozialpolitische Kombination.

Der Reichslandbund und der Reichsverband des Deutschen Handwerks haben sich in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengelassen, um wie es in der Begründung heißt, „das bodenständige Handwerk und die bodenständige Landwirtschaft gegenüber der internationalen Vertretung und der kapitalistischen Mobilisierung der Wirtschaft zu verteidigen“. Nach den Ermächtigungen behält jede der beiden Spitzenorganisationen ihre vollständige wirtschaftliche und sozialpolitische Bewegungsfreiheit. Die Art des gemeinsamen Vorgehens soll aber „je nach den herrschenden Verhältnissen vereinbart werden“. Man nimmt an, daß sich der Bündnistell schon bei den bevorstehenden handelspolitischen Entscheidungen und bei der Aufstellung der gegenwärtigen Zolltariffrage in den nächsten Monaten ergeben wird.

Dabei wird der deutsche Mittelstand, der zum Teil im Reichsverband des Deutschen Handwerks organisiert ist, nicht anders sein als der Waffenträger der Großagrarier. Der Mittelstand ist selbstverständlich durch die vorangehende Jahresfrist einseitige kapitalistische Modernisierung bedroht. Bei dem weichen nur auf die kapitalistische Lebens-Zelle der Wirtschaft, die die jetzt durchaus dem Handwerk vordrängen, in der industrielle Großproduktion einseitigen (Großindustrie, Großschiffahrt usw.), auf die Folgen der Normung (der verbundene Gegenstand an einer Maschine usw.) wird nicht mehr repariert, sondern durch das Übermaß an Lager gealterte genormte Stück (siehe) und das sich den amerikanischen Genossenschaften anpassende Verfahren, des Schweißensverfahren in Massen und aus möglichst billigen Material (Kunstleder, Seilseile usw.) möglichst billig herzustellen, ihn dann aber ohne Reparatur zu verschleisen. Die ausgeübte Mechanisierung ist gleichbedeutend mit einer neuen Proletarisierung des deutschen Mittelstandes in einem Umfang, wie wir es noch nicht erlebt haben.

Das Handwerk hat durch seine Preispolitik und durch seine Minderbegriff die Entwicklung selbst beschleunigt. Die Umkehr der Proletarisierungsgelahr liegt deshalb auch bei dem Handwerk selbst, z. B. in seiner handwerklichen Durchbildung, nur nicht in einer Arbeitsgemeinschaft mit den Großagrarier. Dafür sind ihre Ziele zu einseitig ausgeprägt, zu sehr auf die kommenden Golddebatten eingestellt.

Zum Sommer 1925 gelang es der Großlandwirtschaft, ihre Pläne mit Hilfe der deutschen Industrie durchzuführen, die sich in völliger Verkennung der Lage und der sich anbahnenden Entwicklung damals geschlossen für die Sonderinteressen des agrarischen Bundesgenossen einsetzte. Seitdem hat sich die Auffassung in der Industrie merklich geändert. Einerseits merkt die deutsche Fertigungswirtschaft bei Abbruch der verschiedenen Handelsverträge, z. B. des Vertrags mit Spanien, daß das industriell-agrarische Bündnis die Industrie einseitig belastet. Andererseits ergab die wirtschaftliche Umstellung in der deutschen Industrie, daß die durch vieler deutscher Unternehmer vor einer Wareninflation des Auslandes nach Deutschland völlig unbegründet war. Darüber hinaus verweist die bei uns in vielen Industrien durchgeführte Massenzerlegung den Absatz mehr als je auf den Auslandsmarkt, wo Schußgüsse für ihn Bemühungen bedeuten, wie die Kartellierung und Vertiefung, z. B. in der Eisenindustrie, in der Kunststoffe und in der Glühlampenindustrie, für die in Frage kommenden deutschen Unternehmen einen Schußguss bedeutungslos machen. Die veränderte Situation bedingte eine andere Auffassung des deutschen Unternehmers über den Schußguss, drängte diese förmlich in die Gedanken des Freihandels hinein. Ein Zeichen dafür ist die lebhaftige Beteiligung des deutschen Unternehmers an den Kundgebungen der Internationalen Handelskammer in Paris gegen die Handelsbeschlüsse in der internationalen Wirtschaft und die Tagung der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer in Berlin vor einigen Wochen.

Gerade sie ist durchweg als eine Kundgebung gegen den Zollprotektionismus aufgefaßt worden. Die Großagrarier im Reichslandbund haben die Zeichen zu deuten gewußt und ganz richtig erkannt, daß der deutsche Industrie im Jahre 1927 ein ganz anderer ist als der Industrie von 1925, daß der deutsche Industrie im wohlverstandenen Interesse nicht mehr der Großlandwirtschaft die Schleppe dienen lassen wird noch vor Jahren. Die Agrarier haben auch aus dieser Erkenntnis den nötigen Schluß gezogen, indem sie sich nach anderen Hilfstruppen umsehen. Das Resultat ist die Arbeitsgemeinschaft mit dem Handwerk, dessen Begründung eine förmliche Kriegsanlage gegen den dritten großen Spitzenverband, den Reichsverband der Deutschen Industrie, bedeutet. Vorläufig ist die neue Arbeitsgemeinschaft natürlich nur Druck- und Droschmittel. Verlangt es gegenüber der Industrie, so wird der deutsche Großagrarier an der Seite des deutschen Mittelstandes die kommende Zollschlacht schlagen müssen, vorausgesetzt, daß das deutsche Handwerk nicht flüchtig ein Paar in der Suppe findet.

Deutschnationale Tat.

Wie die Regierungsparteien mit den entlegenen Mitteländern umringen.

Der Reichsausschuss des Reichstags wollte ursprünglich schon vor Weihnachten mit der Beratung der ihm übermittelten Anträge zur Aufhebung der Zolltariffrage beginnen. Vor Woche wurde die Debatte immer wieder hinausgeschoben. Nun sollte sie ganz bestimmt am 10. März ihren Anfang nehmen. Es wurde wieder nichts daraus. Die ganze Sitzung des Reichsausschusses an diesem Tage wurde ausgefüllt mit Geschäftsdringungsdebatten, deren Ergebnis darin bestand, die Aussprache selbst auf den 18. März zu versetzen.

Aus diesen Debatten ging deutlich hervor, daß die Parteien des Bürgertums die Verantwortung der Aufhebung der Zolltariffrage übernahmen. Der Vorsitzende Dr. Kahl befragte sich über die große Zahl der Briefe, die ihm aus allen Teilen des Reiches von Gläubigern und Sparern zugehen, und sprach von den Beleidigungen und Ungehörigkeiten, die sie ihm zum Teil enthielten. Er wurde vom Abg. Kahl (Soz.) auf die Ursachen der Stimmungen der Parteien hingewiesen, die eine zweifache ist: einmal die vollkommene Einseitigkeit großer Teile des ehemals wohlhabenden Mittelstandes, zum anderen die bittere Enttäuschung über die Nichterfüllung der Wahlversprechungen von 1924.

Reichsminister Dr. Engelmanns des Reichsausschusses die feierliche Erklärung ab, daß die Reichsregierung an den Grundgesetzen des Aufmerksamsrechts nicht rütteln lasse. (1) Sie wolle jedoch einige Vorläufe machen, durch die Anreizleistungen, die sich aus dem Gebietsverhältnis erheben, zu ziehen und die Gebietsverhältnisse zu verbessern. Daraus verlangte die Vertreter aller Regierungsparteien die Festlegung der Debatte bis zur Vorlage des Gebietsvertrages. Sie führten, wie sie oft ausprägen, von einer Debatte in diesem Stadium eine neue Beurteilung der Gläubiger und Sparern im Reich.

Die Vertreter der Sozialdemokratie und der Demokraten wandten sich direkt gegen die Vertiefung der Debatte und erklärten sich bereit, sofort ihre Meinungen darzulegen. Sie legten auch Wert darauf, ihre Kritiker über das neue Aufmerksamkeitsrecht der Arbeitsgemeinschaft für Aufmerksamkeitsfragen auszusprechen, damit nicht wieder eine Abmilderung getroffen werde, wie die zum Antrag des Sparerbundes im August 1926. Die Bürgerpartei traten, jedoch gegen die Opposition mit 14 gegen 10 Stimmen die Beratung durch.

Für die Gläubiger im Deutschen Reich wird es von besonderem Interesse sein, daß es gerade Hergt war, der die Regierungsforderung vertrat. Als er noch in der Opposition war, wollte er binnen 24 Stunden einen fix und fertigen Aufmerksamkeitsentwurf vorlegen, wenn er in die Regierung käme. Seine Entwurf sollte keine Nachbesserungen erfordern. Nun hat er nach zweimonatiger Mittelarbeit ein Gesetzentwurf vorbereitet, das grenzenloses Erläutern bei den Sparern hervorruft. Wohlreicht genug, daß die Bürgerpartei sich scheuen, ihr offenes Bekenntnis zu diesen unzulässigen Vorschlägen abzugeben, und daher die Auseinandersetzungen immer weiter hinausschieben. Zwischen hinein wird dann die Regierung auch den neuen Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens ablehnen, obgleich das ein ebenso scharfer Versuch gegen die Reichsopposition sein wird, wie die Ablehnung des ersten Antrages durch das Kabinett Marx-Baumgarten.

Die Sparer aber umgarnen sich über folgende Tatsachen machen: Bis zum Beginn des Jahres 1925 waren die Deutschnationalen in der Opposition und machten ihre grenzenlosen Aufmerksamkeitsversprechungen. Vom Januar bis Oktober 1925 waren sie für die Regierungspartei. In dieser Zeit kam das unangelegliche Aufmerksamkeitsrecht zustande. Vom Oktober 1925 bis Januar 1927 waren sie wieder in der Opposition. In dieser Zeit erweckten sie mit allerhand Volksbegehren den Schein, als ob sie nachdrücklich Verheißungen an ihrem Volk vornehmen wollten. Seit zwei Monaten sind sie wieder maßgebende Regierungspartei. Nun enttäuschen sie die Gläubiger und Sparern zum dritten und hoffentlich letzten Male.

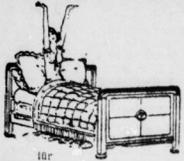
Die Entschädigung über die Mietserhöhung.

Der Reichstag genehmigte am Donnerstagnachmittag in namenhafter Abstimmung mit 47 gegen 19 Stimmen die Verordnung der Reichsregierung über die Erhöhung der gesetzlichen Miete um je 10 Prozent am 1. April und 1. Oktober. Wegen die Verordnung stimmten die Vertreter der preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederelbe, Sachsen und Ostelb, während die Stimmen des preussischen Innenministeriums für die Verordnung abgeben wurden. Ferner stimmten mit Nein Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Württemberg und Lübeck; Anhalt enthielt sich der Stimme.

Nach England nimmt an. Die deutsche Regierung hat — wie aus Washington gemeldet wird — ihren Vorschlag in den Vereinigten Staaten anzunehmen, den amerikanischen Vorschlag auf Grundstruktur einer Dreimächtekonferenz Amerika-England-Norwegen.

Gewerlichshaus Halle
 März 42/44
 Verhinderung zu solid. Preisen
 Guter und preiswerter
 Mittagstisch 8251

Die höchste
Leistungsfähigkeit



Betten und Bettwaren

beweisen meine guten Qualitäten und niedrigsten Preise!
Metall-Bettstellen v. 17,- an
Holz-Bettstellen v. 21,- an
Stahlrohrmatratz. v. 11,- an
Echte Federmatratz. v. 20,- an
 Auflegemattizen.
 Stellig, mit Keil v. 15,- an
 einfache v. 12,- an
Kinderbettstellen v. 16,- an
Federbetten v. 32,- an
 Oberbett v. 16,- an
 Unterbett v. 16,- an
 Bettfedern, Inletts, Bettwäsche
 Stepp- u. Daunendecken, Woll-
 u. Schilfdecken in allen Preislagen.
Chaiselongues v. 29,- an
 Große Auswahl! Entgegenkommende Zahlungsbeding.
 Bettfedernreinigung, Eigene Werkstätten
Bettenhaus Bruno Paris
 Kl. Ulrichstraße 2 (Eing. Kanalsteig)
 2 Minuten vom Markt.

Zünftige
Radmacher
 Speichen-Bandschleifer
 Holzbieger
 sucht zum sofortigen Eintritt
Rheinische Eisenbahn-Verkehrsmittel A.-G.
 Brühl (Bez. Köln). 1360

Unsere Leser werden nachdurchgebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die inserierten Preise unserer Zeitung zu berücksichtigen

Besonders vorteilhaft!
 Duschenden vornehm. Neuheit. 6,50 u. 4,00
 Duschenden weiß, gute Qualität. 6,90 u. 5,90
 Duschenden weiß, für Konfirmanden 4,55
 Krüge nach Placé 75 u. 85
 Goldgefäße Krüge u. beford. billig 95 u. 80
 Einfaß-Edelstein m. Plaque-Einf. 2,90 u. 3,25
 Stempel-Edelstein mit Doppelbrust 2,75
 Stempel-Edelstein sehr d. Qualität 2,25
 Stempelstein in aperten Bindern 1,50
 Socken besonders billig Paar 75
Dauerwäsche-Vertrieb Walter Cohnheim,
 jetzt nur Schmeerstr. 2, dicht am Markt.

Die Händler billigste Bezugsquelle!
 Sternswirn, großer Schläger, Schmirntel,
 Daischnyl, Waldsäbner usw. bei
Fa. Paul Lange
 Merseburger Straße 168
 neben G.-Z. Mühlentipfel Riebeckplatz. 1364

Eine feinste Mischung ergibt mit Obermeyers **Herba-Seife** bei
Fluorin
 im Erfolg. Dies bewirkt Herr Dr. M. Sedemann in
 Berlin, indem er schreibt: „Bei Ober-
 Seife meiner Tochter die heißen Blasen
 14 Tagen erheit und jetzt eine ganz neue Haut
 vorhanden ist. Sage ich, Louis meine Frau, den
 besten Dank. Meiner Schwieger, welche im Herbst
 rote Flecken bekam, auch auf der Stirn, sind die
 Flecken beseitigt.“ Der Obd. ist - 65, 30%
 verdünnt mit - Sun-Quabbeinung in 6 bis 8
 Grams besonders zu empfehlen. Sie haben in
 allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Unser erstes
Frühlings-Angebot

zeigt Ihnen die neuesten Mäntel zu
wirklich billigen Preisen

Fescher Mantel
 in Wolllips, m. reicher Seiden-
 garnierung in schwarz u. blau
27.00

- Shetland-Mäntel**
 die letzte Neuheit 26,00 19,00 **14,75**
- Herrenstoff-Mäntel**
 imprägniert 29,50 18,50 **15,00**
- Schwarzseidene Mäntel**
 die große Mode 30,00 36,00 **29,00**
- Alpacca-Mäntel**
 in schwarz und blau, besond.
 Größen für starke Damen 19,75 14,75 **12,75**
- Shetland-Kostüme**
 Jacke auf K.-Seidenfutter 49,00 35,00 **29,50**
- Kostüme**
 in blau und schwarz 55,00 37,00 **29,50**
- Kostüme aus Herrenstoffen**
 75,00 69,00 **59,00**

Mantel
 Jugendlicher
 reich garnierter
 aus Wolllips, in vielen neuen
 Farben, ganz auf Futter
29.50

M. Schneider

Halle (S.) **Jnh. Johannes Kagenow** Leipziger Straße 94

Berufstätige
 Pränalein (28 Jahre)
 sucht Nebenbeschäftigung
 Offerte unter T 150
 postlagernd Erztzja.

Alle
 Anzeigen
 finden im
 „Volkswirtschafts-
 wochenblatt“
 guten
 Erfolg

DRUCKSACHEN
 aller Art in sauberster Aus-
 führung liefert preiswert die
**Halle'sche Genossenschafts-
 Buchdruckerei, e. G. m. b. H.**
 Harz 42-44 Fernsprecher 26605

**Kleine Anzeigen haben hier
 großen Erfolg!**

Auf Teilzahlung
 trotzdem diese billigen Preise

- Anzüge**
 gute Qualität und Verarbeitung 28,00
 38,00 52,00 45,00 38,00
- Anzüge**
 moderne Stoffe, tadelloser Sitz 48,00
 75,00 88,00 63,00 56,00
- Anzüge**
 in Gabardine und Kammgarn 78,00
 98,00 92,00 89,00 81,00
- Konfirmanden-Anzüge**
 aus Melton, Cheviot- und Kammgarbstoffen 28,00
 48,00 42,00 36,00

Gekaufte Waren werden gegen Ausweis sofort ausgehändigt

franz Mettner
 Halle an der Saale, Neumarktstraße 6
 Merseburg, Weißentelzer Straße 7

Volkspart.
 Täglich:
Kräftigen Mittagstisch
 zu 75 Pfennig. 1158

Moderne Wagen

- Kinderwagen** von 34-90 Mk.
- Klappwagen** von 35-52 Mk.
 ohne Verbed. von 15-32 Mk.
- Stabenwagen**
 ohne Garnierung von 10-33 Mk.
 mit Garnierung von 28-75 Mk.
- Kinderbetten**
 aus Eichen von 17-42 Mk.
 aus Holz von 21-51 Mk.
- Kinderstühle**
 klappbar von 8-22 Mk.
 nichtklappbar von 2-4,75 Mk.
- Kinderische** von 6-9,50 Mk.
- Selbstfahrer** von 9-21 Mk.
- Roller** von 8,75-9,50 Mk.

Auswahl enorm! Evtl. Zahlungsverrichtungen!

**Kinderwagenhaus
 Bruno Paris**
 Brüderstr. 3, 1 Minute vom Markt.

Beachtliches aus dem Leumauer.

Gewerkschaftliche Organisation unter alter Kanone. / Die Direktion duldet keine Agitation.

Bauarbeiterkonferenz in Halle.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die gewerkschaftliche Gleichgültigkeit in seinem Betriebe, gerade wie in der Zeit vor dem ersten Ausbruch der KPD. Das trifft aber nicht nur auf die Arbeitnehmer im Produktionsbereich, sondern auch auf die Arbeitnehmer der bauenden Firmen, die jetzt dort beschäftigt werden. Im die Zustände im Leumauer einer kritischen Beobachtung zu unterziehen und zu erörtern, wie die in großer Zahl dort beschäftigten inoffiziellen Bauarbeiter für den Bauwerksbund gewonnen werden können, hat die Bundesversammlung des Bauwerksbundes eine Konferenz von Vertretern derjenigen Bauwerksfirmen einberufen, in denen Bereich Mitglieder im Leumauer beschäftigt sind. Diese Konferenz hat am Sonntag im Volkspark in Halle stattgefunden.

Eröffnet wurde die Konferenz vom Gauleiter R. O. (Magdeburg), der in kurzen Zügen den Zweck derselben darlegte. Als Vorsitzender hob dann der Verbandsebene Thüringer der Bewegung des Leumauerer seit dem vorigen Jahre hervor. In diesem Zweck sollen zuerst 500 Bauarbeiter der 187 Firmen einschließlich Montagetage beschäftigt sein. Die von der Tagespresse, auch von uns mitgeteilte Differenz von 12.500 soll überbrückt sein. Eine ganz eigenartige Arbeitsermittlung u. a. besteht im Leumauer. Zu dem Zweck, die notwendige Zahl von Arbeitern zu beschaffen, bereitet ein Herr die Arbeitsanweisung, die dann das Firmenmaterial zur Verfügung stellen. Bevor aber die Arbeitsaufnahme möglich ist, muß der Arbeiter zuvor den Arbeitsanweisung des Werkes passieren. Wer dabei nicht ganz zufrieden erscheint, der kann das Gehör nur vor der Zirk anheben; die ausführenden Firmen haben dabei nichts zu melden.

Die Arbeiter werden an die Firmen in Abständen vergeben. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, die Löhner 20 bis 25. Die Arbeitszeiten werden. Soweit die Bauenden in Frage kommen, sind diese viel zu klein. Bei einer Beschäftigung von 500 Arbeitern können kaum 300 Aufnahmen finden, die übrigen finden ihre Plätze außerhalb der Fabrik. Im für die Organisation zu werden, müssen die Bauenden bereit sein, die Arbeit zu tun, und mit den inoffiziellen Arbeiter reden zu können. Von 8000 Beschäftigten sind mehr als 60 Prozent ungelernete Arbeiter, die für die Organisation schwer zu gewinnen sind. Bei Firmen mit 300 Beschäftigten gehören neben einigen Intendanten nur wenige dem Bauwerksbund an. Es muß jetzt werden, daß 80 bis 70 Prozent organisiert sind.

Schwer ist auch der Aufbau der Betriebsorganisation. Vor ein Arbeiter gefunden, der sich bereit erklärt, das Amt des Bundesleiters zu übernehmen, so wurde anderen Tages die Wahlnahme gemacht, daß derselbe pflöglich mit anderen Stellen an einen ganz anderen Abschnitt verhooben war. Auch die Organisationsleiter selbst bereiten dem Organisationsleiter große Schwierigkeiten, indem sie die Aufgaben nicht verstehen. Sol es in Leuma anders werden, dann müssen alle organisierten Arbeiter mitwirken, und den Verwaltungen der Bauwerksfirmen ersuchen die Pflicht, ihre Mitglieder in Versammlungen im Gemeindefeld darauf hinzuweisen. Im eine bessere Kontrolle ausüben zu können, ist es eine besondere Pflicht der Kollegen, sich in der Bauwerksfirmen zu engagieren.

Eine inderbare Auffassung über die Verhältnisse von der Tätigkeit der Organisationsleiter zu haben. Sie haben nichts dagegen, wenn sie Ordnung schaffen, aber agitatorisch dürfen sie sich nicht betätigen, dadurch könnten die Bauarbeiter aus ihrer Lage befreit werden.

Der Kolonialrat des Bauwerksbundes ergab die vorstehenden Ausführungen. Aus dem Verhalten der inoffiziellen Welle, die bei Versammlungen in Stärke von 10 bis 12 Mann anwesend, schloß die Direktion ihre Arbeit. Im die in der Richtung kommenden Bauwerksfirmen mehr an den Leuma-Versammlungen zu interessieren, müßten diese verpflichtet werden, aus ihren Lokalitäten, indem sie die Bauwerksfirmen Arbeit zu zuführen. Er betonte, daß die Leuma-Direktion dem Organisationsleiter sofort den Ausweis zu entziehen droht, der sich erdreistet, eine rege Agitation zu entfalten.

Die Diskussionsleiter erkannten sämtlich an, daß alles getan werden müsse, um die inoffizielle Welle aus den Bauwerken des Bauwerksbundes zu entfernen. Das werde aber nicht dadurch erreicht, daß die aus anderen Bauwerksfirmen im Leumauer arbeitenden Mitglieder der Welle an die Bauwerksfirmen der Verbesserung zuführen. Würden auch diese Mitglieder noch von ihrem Heimort losgelöst, wäre sofort jede Kontrolle verloren und die Zustände würden nur verschlimmert werden. Gibt es doch jetzt schon Mitglieder, die sagen: „Warum sollen wir noch beschleunigen, in Leuma braucht man nicht organisiert zu sein.“

Der anwesende Vertreter des Bundesverbandes hatte im Einklang mit der Aufgabe, das von Thüringer und den Disziplinarbehörden Vorgehen zu bekräftigen und gab seiner Redebegeisterung in folgenden Worten Ausdruck: „Die Welle, die ohne Widerstand angenommen wurde.“

Die Zustände auf den Baustellen des Leumauerer bilden eine Gefahr für die tariflichen Löhne und somit auch für die Bauwerke an die Bau der Wirtschaftsgüter der Arbeiter, sondern auch weit darüber hinaus. Die Konferenz beschloß daher:

1. Eine bessere Durchorganisation der Baustellen erfordert bringen ein intimes Verbändnis zwischen allen Bauwerksfirmen, aus deren Arbeitsstätten Mitglieder auf diesen Baustellen beschäftigt sind, mit der Bauwerksfirmen der Bauwerksfirmen. Eine Kontrolle durch die Bauwerksfirmen und Funktionäre der Bauwerksfirmen über die Organisationszugehörigkeit der Beschäftigten (§ 18, Abs. 2 der Bundesstatuten) und in Verfolg dessen eine Mitwirkung bei Ordnung und Aufrechterhaltung tariflicher Löhne und Arbeitsbedingungen ist nur dann gegeben, wenn der Bauwerksfirmen der Bauwerksfirmen alle übrigen Bauwerksfirmen ein vormaliges Verhältnis der auf den Leumauer beschäftigten Bauwerksfirmen angeht. Die Bauwerksfirmen der Bauwerksfirmen verpflichtet, etwaige Differenzen mit Bundesmitgliedern der betreffenden Bauwerksfirmen, Bezirksverbänden und dem Bundesverband zu melden. Der Bundesverband wird zu prüfen haben, inwieweit gegen die die Bundesstatuten missachtenden Mitglieder insbesondere der § 18, Abs. 2, anzuzutreten ist.
2. Die auf den Baustellen des Leumauerer beschäftigten Mitglieder werden aufgefordert, in engstem Einvernehmen mit den Bauwerksfirmen der Bauwerksfirmen für den weiteren Ausbau des Bauwerksbundes allgemein zu wirken, um dadurch eine Schärfe zu schaffen gegen die Willkür der Unternehmer und für eine gesunde Ordnung und ständige Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen.

Immittels der Zusammenkunft mit dem geringen Einfluß der Gemeindefeldern finden auch die häufigen Irrtüme im Leumauer. In der heutigen Nummer an anderer Stelle berichten wir wieder über ein jüngeres Vorkommnis in Leuma.

Aufgeflogene Lohnverhandlungen.

Vor der Mitteldeutschen landwirtschaftlichen Tarifgemeinschaft wurden am 10. März d. J. die vom Deutschen Landarbeitersverband geforderten Lohnforderungen veröffentlicht. Die anwesenden Vertreter der Arbeitgeber lehnten nicht nur jede Lohnverhöhung für Männer und Frauen in der Landwirtschaft rundweg ab, sondern drachten erneut zum Ausdruck, daß die im vorigen Jahre gefällte Forderung auf Lohnhöhung auch noch in diesem Jahre Berücksichtigung habe.

Von den Vertretern der Arbeitgeber wurde die Forderung unter Beweis gestellt, daß die mittelfeldliche Lage der Landarbeiter bedingt, daß eine Lohnverhöhung erfolgen muß, wenn nicht jede Lust und Arbeitsfreudigkeit den Landarbeitern genommen werden soll. Auch die Veränderung der Landarbeiter bei den Arbeitgebern und Beschäftigten wurde entsprechend ge-

Der „Berufs-Arbeiter“

— Eine Eroberung der Bürgerlichen.

Der höchste Mittelkämpfer der freien Arbeiterkraft, die Arbeiterschaft, hat sich in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Das ist ein „Berufs-Arbeiter“, der sich nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Familie, dem Kreis der Verwandten, dem Kreis der Freunde, als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Das ist ein „Berufs-Arbeiter“, der sich nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Familie, dem Kreis der Verwandten, dem Kreis der Freunde, als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Das ist ein „Berufs-Arbeiter“, der sich nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Familie, dem Kreis der Verwandten, dem Kreis der Freunde, als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen.

Vorstandsitzung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der Vorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat in einer am Sonntag Nachmittag in der Halle abgehaltenen Sitzung die Tagesordnung für die bevorstehende Sitzung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes festgelegt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im vergangenen Jahre. 2. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im laufenden Jahre. 3. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im nächsten Jahre. 4. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im nächsten Jahre.

Liberal daselbst etc.

Das Problem des sozialistischen Arbeiterpartei wird in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Das ist ein „Berufs-Arbeiter“, der sich nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Familie, dem Kreis der Verwandten, dem Kreis der Freunde, als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Das ist ein „Berufs-Arbeiter“, der sich nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Familie, dem Kreis der Verwandten, dem Kreis der Freunde, als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen.

Sportklub Halle.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund Halle (ATSB) hat am Sonntag eine am 10. März abgehaltenen Sitzung. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im vergangenen Jahre. 2. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im laufenden Jahre. 3. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im nächsten Jahre. 4. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im nächsten Jahre.

Sportklub der Arbeiter-Samariter Sachsen.

Die Berichte, die dem Vorstand der sächsischen Arbeiterpartei in der letzten Zeit vorliegen, zeigen von einer gewissen Aufwärtsbewegung der Arbeiterpartei in der letzten Zeit. Die Arbeiterpartei hat in der letzten Zeit eine große Anzahl von Mitgliedern gewonnen. Die Arbeiterpartei hat in der letzten Zeit eine große Anzahl von Mitgliedern gewonnen. Die Arbeiterpartei hat in der letzten Zeit eine große Anzahl von Mitgliedern gewonnen.

Gautorenz der Naturfreunde Niederlausens.

Aus dem letzten Hefenblatt sind die Berichte des Naturfreundevereins „Die Naturfreunde“ vom 26. und 27. Februar an die Öffentlichkeit bekannt geworden. Die Naturfreunde haben in der letzten Zeit eine große Anzahl von Mitgliedern gewonnen. Die Naturfreunde haben in der letzten Zeit eine große Anzahl von Mitgliedern gewonnen. Die Naturfreunde haben in der letzten Zeit eine große Anzahl von Mitgliedern gewonnen.

würdigt. Trotzdem blieb die Arbeitgeberseite bei ihrem absehbaren Standpunkt. Von Vorarbeiten der Tarifgemeinschaft, Gehörten R. u. L. (Wiesbaden), wurde dann ein Vorstoß gemacht, doch die Arbeitgeberseite nicht zu geben, so daß die Verhandlung ausfiel. Die Verhandlung wurde am 10. März d. J. in der Halle abgehalten. Die Verhandlung wurde am 10. März d. J. in der Halle abgehalten. Die Verhandlung wurde am 10. März d. J. in der Halle abgehalten.

Landarbeiter und Landarbeitern! Vorarbeiten des Leumauerer Bauwerksbundes, der die Organisation der Bauwerksfirmen in der Halle abgehalten. Die Organisation der Bauwerksfirmen in der Halle abgehalten. Die Organisation der Bauwerksfirmen in der Halle abgehalten.

Zonani-Lorenz fleischt

Das Fortwähren Schlichtung, Berlin, 11. März. (Nachdem die Verhandlung am 10. März d. J. in der Halle abgehalten wurde, wurde am 11. März d. J. in der Halle abgehalten. Die Verhandlung wurde am 11. März d. J. in der Halle abgehalten. Die Verhandlung wurde am 11. März d. J. in der Halle abgehalten.

Halle'sche Sportspiele am 13. März.

In der ersten Klasse besteht wieder Doppelkampf, und zwar spielen in der 1. Klasse die Vereine: 1. Arbeiter-Turn- und Sportbund Halle (ATSB) gegen 2. Arbeiter-Turn- und Sportbund Halle (ATSB). Die Spiele werden am 13. März d. J. in der Halle abgehalten. Die Spiele werden am 13. März d. J. in der Halle abgehalten. Die Spiele werden am 13. März d. J. in der Halle abgehalten.

Arbeiter-Sport- und Kulturverein Halle.

Die Arbeiter-Sport- und Kulturverein Halle (ASK) hat am Sonntag eine am 10. März abgehaltenen Sitzung. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Sport- und Kulturvereins im vergangenen Jahre. 2. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Sport- und Kulturvereins im laufenden Jahre. 3. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Sport- und Kulturvereins im nächsten Jahre. 4. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Arbeiter-Sport- und Kulturvereins im nächsten Jahre.

Motor-Sportklub Halle.

Der Motor-Sportklub Halle (MSK) hat am Sonntag eine am 10. März abgehaltenen Sitzung. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Motor-Sportklubs im vergangenen Jahre. 2. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Motor-Sportklubs im laufenden Jahre. 3. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Motor-Sportklubs im nächsten Jahre. 4. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Motor-Sportklubs im nächsten Jahre.

Tagung der Mitteldeutschen Flussportvereine.

Der Hauptstadter Verein Halle (HVV) hat am Sonntag eine am 10. März abgehaltenen Sitzung. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Hauptstadter Vereins im vergangenen Jahre. 2. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Hauptstadter Vereins im laufenden Jahre. 3. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Hauptstadter Vereins im nächsten Jahre. 4. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Hauptstadter Vereins im nächsten Jahre.

Jugendbewegung.

Der Landesverband der deutschen Jugendverbände der Provinz Sachsen, hat in seiner Tagung am 6. März in Magdeburg eine wichtige Entscheidung getroffen. Die Entscheidung lautet: Die Jugendverbände der Provinz Sachsen werden sich in der Zukunft mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Die Jugendverbände der Provinz Sachsen werden sich in der Zukunft mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen.

Beitrag-Vorarbeit.

Der Landesverband der deutschen Jugendverbände der Provinz Sachsen, hat in seiner Tagung am 6. März in Magdeburg eine wichtige Entscheidung getroffen. Die Entscheidung lautet: Die Jugendverbände der Provinz Sachsen werden sich in der Zukunft mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Die Jugendverbände der Provinz Sachsen werden sich in der Zukunft mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen.

Donau-Raif im Selbstbild.

Der freie Arbeiterverein „Donau“ in Vitz (Sachsen) hat in seiner Tagung am 6. März in Magdeburg eine wichtige Entscheidung getroffen. Die Entscheidung lautet: Die Arbeiterpartei wird sich in der Zukunft mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Die Arbeiterpartei wird sich in der Zukunft mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen.

Donau-Raif im Selbstbild.

Der freie Arbeiterverein „Donau“ in Vitz (Sachsen) hat in seiner Tagung am 6. März in Magdeburg eine wichtige Entscheidung getroffen. Die Entscheidung lautet: Die Arbeiterpartei wird sich in der Zukunft mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen. Die Arbeiterpartei wird sich in der Zukunft mehr und mehr als ein „Berufs-Arbeiter“ zu zeigen.

